

HAMBURGER

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg • Nr. 6 • Herbst 2010

UTSICHTEN

30 STUNDEN SIND GENUG!

Wenn zu viele von uns „vor dem Tor stehen“ und ihre Arbeitskraft anbieten, dann ist das schlimm. Schlimm sogar für die, die den Job bekommen, weil die Marktgesetze den Preis der Ware Arbeitskraft in den Keller drücken. Erst recht schlimm jedoch für die, die keine Arbeit bekommen, denn ihnen droht über kurz oder lang Hartz IV. Und wer auf Hartz IV zugeht, wird sich bei nächster Gelegenheit noch billiger verkaufen. Und genau das wollten die Erfinder der Agenda 2010 mit ihren Hartz-Gesetzen erreichen - im Dienst von Arbeitgeberverbandspräsident Hundt und Co.



Was können wir dagegen tun? Solange der Kapitalismus und seine Marktgesetze regieren, gibt es für uns Lohnabhängige mit und ohne bezahlter Arbeit nur eine Möglichkeit: Wir müssen die Ware Arbeitskraft knapper machen! - Knapper machen durch Arbeitszeitverkürzung! Nur so kann der Zustand wirksam bekämpft werden, dass vier bis fünf Millionen als Arbeitslose von null Stunden haben und die anderen immer länger, immer gehetzter und für immer weniger Geld arbeiten.

Arbeitszeitverkürzung — bei vollem Lohnausgleich — durchzusetzen, das wird kein leichter Gang! Dafür müssen alle Gewerkschaften gemeinsam, die Arbeitsloseninitiativen und eine breite Volksbewegung tariflich und politisch aktiv werden. Lasst uns jetzt damit beginnen, Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu überzeugen und diese Forderung in unseren Gewerkschaften durchzusetzen.

**30 STUNDEN
SIND GENUG!**

INHALT:

30 STUNDEN	SEITE 1
LEIHARBEIT	SEITE 2
EURE KRISE	SEITE 3
HEISSER HERBST	SEITE 4
IMPRESSUM	SEITE 4

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 gegründet und setzt sich seitdem aktiv für eine bessere Gesellschaft ein. Wir sind ein Teil der Kämpfe der Arbeiterklasse um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kämpfer der SchülerInnen und Studierenden für mehr Bildung und den freien Zugang zu ihr und der Kämpfe junger Menschen um eine qualifizierte Ausbildung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht die Profitinteressen der Konzerne.

Wir meinen, diese Gesellschaft kann es nur geben, wenn die aktuellen bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage gestellt und geändert werden.

Dafür wollen wir kämpfen – kämpfen für eine gerechte Gesellschaft - für den Sozialismus!

Kontakt: Tel. 480 490 0
www.dkp-hamburg.de
kontakt@dkp-hamburg.de

Hamburg 
DKP

Arbeitszeit_by_Bernd-Boscolo_pixelio.de



VOM ÜBEL DER LEIHARBEIT

Mit der Entstehung der Leiharbeit stell' ich mir das so vor: In der Vorweihnachtszeit 1971 saßen die Spitzen der deutschen Wirtschaft im trauten Kreis beisammen. Du meinst, das kann schon nicht stimmen, weil das doch zu viele sind, als dass sie zusammensitzen könnten. Hast Du 'ne Ahnung. Die wirklich einflussreichen Strippenzieher in den Konzernen und Banken sind nur einige hundert und die passen mit ihren jeweiligen Lebensabschnittspartnern problemlos in ein Luxushotel. Sie saßen also zusammen und schrieben ihren Wunschzettel an die Bundesregierung. „Lieber Weihnachtsmann“ (so nannten sie den Bundeskanzler), „wir wünschen uns ein innovatives, intelligentes und flexibles Arbeitsmarktprodukt“ (gemeint war die Leiharbeit). Schnell war auch klar, was das Produkt alles so zu bieten haben muss.

„Erstens: muss es so lange genutzt werden können, wie es gebraucht wird, um überflüssige Anlernkosten zu vermeiden. Zweitens: muss das Produkt von heute auf morgen wieder abgeschoben werden können und zwar ohne Gericht, Abfindung, Sozialplan und anderen Klimbim. Drittens: muss es billig sein. So viel billiger als die alten Arbeitsmarktprodukte, dass die Angst vor Verdrängung kriegten, denn Angst um den Arbeitsplatz war schon immer (besonders bei Tarifrunden) der beste Ratgeber.“

Bis dahin war Leiharbeit in Deutschland unbekannt. Altertümlich dachten viele damals, Menschen gegen Geld zu verleihen, sei irgendwie würdelos. Aber für die Bundesregierungen war ein Wunsch aus dem Luxushotel schon immer Befehl gewesen und das nicht nur zur Weihnachtszeit ... und 1973 trat das erste

Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) in Kraft. Damit die Arbeiter und die Gewerkschaften nicht aufwachen, enthielt die Startversion nur ein bisschen Leiharbeit. Die Bundesregierungen aller Farbkombinationen haben sich dann aber ins Zeug gelegt, um das Geschenk für die Wirtschaftsspitzen Schritt für Schritt perfekt zu machen. (siehe den Kasten: Entwicklung der Leiharbeit). Und solange der Kapitalismus nicht gestorben ist, sitzen sie immer wieder im Luxushotel zusammen...



Und tschu?ss_by_S.-Hofschlaeger_pixelio.de

Die Entwicklung der Leiharbeit

1973:

Erstes AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz): Entleiher kann die Beschäftigung jederzeit beenden; kein gleicher Lohn für gleiche Arbeit, kein Mindestlohn; Überlassungsdauer auf 3 Monate begrenzt - es gibt etwa 25.000 Leiharbeiter

1985:

Überlassungsdauer auf 6 Monate verlängert - es gibt etwa 50.000 Leiharbeiter

1994:

Überlassungsdauer auf 9 Monate verlängert - es gibt etwa 150.000 Leiharbeiter

1997:

Überlassungsdauer auf 12 Monate verlängert - es gibt etwa 200.000 Leiharbeiter

2002:

Überlassungsdauer auf 24 Monate verlängert - es gibt etwa 300.000 Leiharbeiter

2003:

Völlige Abschaffung einer Obergrenze für die Überlassungsdauer; Problem für Rot/Grün: Europäische Richtlinie verlangt gleiche Bezahlung für Leiharbeiter. Regierung setzt das um, schreibt aber Hintertür ins Gesetz: niedrigere Bezahlung möglich, wenn ein Tarifvertrag das zulässt. Die Verleihfirmen, die die Gewerkschaften bis dahin nicht mal mit dem Hintern angeguckt haben, brauchen zum Lohn-dumping plötzlich einen Tarifvertrag. Anfang Mai 2003 machen sich die sog. Christlichen Gewerkschaften mit dem Abschluss eines solchen Tarifvertrages zum Büttel; Ende Mai ziehen dann die DGB-Gewerkschaften nach. Leiharbeiter bekommen dadurch weiterhin etwa 30 % weniger als Stammlaute - es gibt etwa 350.000 Leiharbeiter.

2008

- es gibt etwa 750.000 Leiharbeitnehmer

2009

- in der Krise ist die Zahl der Leiharbeiter auf etwa 100.000 zurückgegangen

2010

- neu eingestellt werden fast nur Leiharbeiter - Zahl steigt wieder auf 750.000.

ZWEI BRIEFE

Lieber Kollege Leiharbeiter,

Du sagst Dir: 'Üppig ist mein Lohn ja nicht gerade, aber ohne die freie Stelle beim Sklavenhändler wäre ich in Hartz IV gelandet. Irgendwie hat das mit der Leiharbeit auch sein Gutes.' Du hast Recht, offene Stellen gibt es fast nur noch beim Verleiher. Aber Du machst doch einen Denkfehler: Wenn Leiharbeit verboten wäre, müsste die Arbeit, die Du jetzt machst, auch erledigt werden. Du hättest also die Stelle genauso gut direkt, ohne Umweg über den Verleiher kriegen können. Der Unterschied: Du wärst keine „Randbelegschaft“, Du hättest den gleichen Lohn und den gleichen Kündigungsschutz wie die anderen...

Lieber „Stamm“kollege,

Du sagst Dir: ‚Ich hab selbst genug Probleme. Die Leiharbeiter müssen halt sehn, wie sie klar kommen.‘ Mit den vielen Problemen hast Du natürlich recht. Aber Du machst doch einen Denkfehler. Leiharbeit ist nämlich schon jetzt auch Dein Problem: Warum bitte, sollte Dein Chef an Dir festhalten, wenn er da einen billigeren hat, den er sogar jederzeit risikolos wieder entsorgen kann? Der lässt Dich glatt bei nächster Gelegenheit fallen. Wenn Du Glück hast, findest Du bald wieder einen neuen Job – beim Verleiher. Für Dich schmerzliches Lehrgeld. Für die Arbeiterklasse insgesamt: Wieder ein guter Normalarbeitsplatz weniger und ein prekärer mehr...

Stahlkocher stellen Ehre der IG Metall wieder her

Nachdem die IGM 2003 zusammen mit den anderen DGB-Gewerkschaften im Tarifvertrag mit den Verleihfirmen Lohndumping unterschrieben hat, versucht sie jetzt, den Fehler wieder gut zu machen. In der Stahltarifrunde 2010 war eine zentrale Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Die KollegInnen haben die Forderungen mit vielen Warnstreiks und mehreren tausend Teilnehmern unterstrichen und sich durchgesetzt. In den Verleihfirmen ist der Organisationsgrad niedrig, in der Stahlindustrie hoch. Der Weg, die höhere Kampfkraft der Stammbesetzungen einzusetzen, um die für alle schädliche Spaltung zwischen „Stamm“ und „Rand“ endlich wieder zu überwinden, ist der richtige.

Das Beispiel macht Schule: Die Verdi-Fachgruppenkonferenz im Hafen hat am 15.9.10 als künftige Tarifforderung beschlossen: „Gleicher Lohn für Leiharbeiter und Stammpersonal“ und „Übernahme eines Leiharbeiters nach einer Einsatzdauer von einem Jahr“.

Dank den Stahlkochern!

KOMMT ZUR PROTESTKUNDGEBUNG DES DGB AM 4.11.10 - 17.30 UHR HAMBURGER SPORTHALLE (ALSTERDORF)

Wir wollen nicht für die Krise der Herrschenden bezahlen müssen. Schon in den letzten Jahren haben die Lohnabhängigen eine Verschlechterung nach der anderen hingenommen: Sinkende Reallöhne, immer mehr prekäre Beschäftigung, Anhebung des Rentenalters, Hartz IV, steigender Arbeitsdruck. Jetzt leitet die Regierung des Kapitals mit dem so genannten Sparpaket, das besser Umverteilungspaket heißt, eine weitere Runde des Sozialabbaus ein. Beim Auftakt der gewerkschaftlichen Herbstaktionen sagte der Braunschweiger VW-Betriebsratsvorsitzende Uwe Fritsch vor 2.500 Kolleginnen und Kollegen gesagt: „Die Ungerechtigkeit hat System, und dieses System heißt Kapitalismus“, ein System, „in dem nicht der Mensch zählt, sondern nur Profit und Dividenden“.

**AUS UNSEREN TASCHEN KRIEGEN DIE HERRSCHENDEN DIE HUNDERTE VON
MILLIARDEN FÜR DIE BANKEN NICHT!
WIR WOLLEN EURE KRISE NICHT BEZAHLEN!**

DER HEISSE HERBST HAT BEGONNEN

Am 30. September bildeten 18.000 Menschen eine Kette von der Finanzbehörde zur Baustelle der Elbphilharmonie – auf der „Spur der Geldverschwendung“. Die Aktion stand unter dem Motto „Gerecht geht

bezeichnete er als „Schutzpatron der Reichen“.

Die starke Beteiligung an der Aktion sah Rose als „Weckruf für Schwarze, Gelbe und Grüne“. Mit dem Heißen Herbst wollen



Zutritt verboten_by „Jan-Tornack„ pixelio.de

anders“, als Hamburger Auftakt für die von den Gewerkschaften ausgerufenen bundesweiten Aktionswochen gegen die Sparpolitik.

Kurz vorher hatte der Senat seine aktuelle Streichliste veröffentlicht: von Stellenabbau in der Verwaltung über höhere Gebühren zum Beispiel für Bücherhallen bis zur Schließung des Altonaer Museums. Außer Gewerkschaften und linken Parteien beteiligten sich auch viele soziale Bewegungen und Interessenvertretungen wie der Landeselternausschuss an der Demo. Die Elbphilharmonie ist das Symbol für die Verschwendung öffentlicher Mittel im Interesse weniger Reicher, während Kitagebühren steigen und Arbeitsmarkthilfen eingedampft werden.

„Hamburg ist nicht arm, Hamburg ist reich“, betonte Verdi-Landeschef Wolfgang Rose. Er forderte den Senat auf, sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einzusetzen. Doch der Gewerkschafter zeigte Realismus genug, nicht zu glauben, dass die Herren im Rathaus den Familien Otto (Otto-Versand), Herz (Tchibo, Beiersdorf) oder Fielmann ans Portemonnaie gehen würden. Finanzsenator Carsten Frigge

die Gewerkschaften die öffentliche Wut auf die Sparpolitik von Bundes- und Landesregierung sichtbar machen.

Gleich in der Woche darauf umzingelte der Beamtenbund aus Protest gegen die Sparpolitik das Rathaus. Der neue Erste Bürgermeister Christoph Ahlhaus braucht keine 100 Tage im Amt, um festzustellen, dass er gegen das Volk in dieser Stadt regiert. Nicht, dass man dem Schill-Förderer Ole von Beust eine Träne nachweinen müsste. Aber mit Ahlhaus zeigt sich Schwarz-Grün noch deutlicher als Rechtssenat.

Der Freund schlagender Studentenverbindungen aus Heidelberg hat sich als Innen-

senator – außer mit den sattsam bekannten brutalen Polizeieinsätzen – vor allem mit einer Reiterstaffel verewigt. Zeitgleich mit der Erhöhung der Kitagebühren wurde außerdem bekannt, dass seine frisch gekaufte Villa in Blankenese zur Sicherheit aufgerüstet wird – was uns Steuerzahler rund eine Million Euro kostet. Um die Haushaltsmittel dafür zu bekommen, musste Ahlhaus' Innenbehörde extra die Finanzbehörde anbetteln. Zum Glück sitzen da Parteifreunde, denen das Geld für sowas nicht zu knapp ist ...

Die Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ ernannte ihn 2008 zum „Abschiebeminister des Jahres“ für seine im bundesweiten Vergleich besonders brutale Ausländerbehörde, die große Gruppen von Flüchtlingen abschiebt, „egal ob es sich um ein Krisen- oder Kriegsgebiet handelt“.

Die DKP Hamburg wird sich auch in die weiteren Herbstaktionen einbringen und den Ahlhaus-Senat auch danach nicht in Ruhe lassen.

www.gerecht-geht-anders-hamburg.de



Christoph Ahlhaus by CDU Hamburg

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg
Lindenallee 72,
20259 Hamburg
Telefon (040) 480 49 00
www.dkp-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Olaf Harms, Lindenallee 72,
20259 Hamburg